

Krisen-Argumentarium

Zehn zu Ursachen und Folgen der Finanzkrise in Europa

Ein Notruf

Die Finanzkrise ist die Zuspitzung der in einer kapitalistischen Gesellschaft unvermeidbaren „finanziellen Instabilitäten“. Aus Furcht vor den Konsequenzen, die aus den Verlusten der Finanzinstitute („too big to fail“) entstehen können, werden gigantische staatliche Rettungspakete geschnürt, deren Kosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu übernehmen haben. Um die Finanzinstitute zu retten, wird die Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, werden Einkommens- und Arbeitsplatzverluste, wird die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten auf dem reichsten Kontinent auf Erden in Kauf genommen, werden die Zukunftsaussichten einer ganzen Generation, werden Hoffnungen und Erwartungen zunichte gemacht.

Gewählte Regierungen knicken vor Rating-Agenturen ein, die durch nichts und niemanden legitimiert sind. Parlamente haben nichts zu sagen. Die EU, die Europäische Zentralbank, der IWF und die Regierungen haben nur eines auf dem Programm: die Herstellung der Schuldendienstfähigkeit von hoch verschuldeten Ländern mit Hilfe einer Blut- und Tränen-Austerität. Die Menschen in den Schuldnerländern müssen zahlen für das Versagen der Finanzmärkte, für die Folgen der Liberalisierung und Deregulierung. Die privaten Verluste werden aus öffentlichen Kassen ausgeglichen. Die öffentliche Verschuldung explodierte infolge dieses Manövers und löste die Währungskrise des Euro aus. Die Rechnung wird in Form von einem Kürzungspaket nach dem anderen der breiten Bevölkerung aufgelastet. Mit dieser Medizin wird, wie in Griechenland zu beobachten ist, die Wirtschaftstätigkeit lahmgelegt. Doch Griechenland und andere verschuldete Länder können gar nicht mehr „sparen“, ohne sich selbst aufzugeben.

Nicht nur das europäische Integrationsprojekt ist bedroht. Die europäischen Gesellschaften werden eine nach der anderen durch die Finanzmärkte ins Chaos gestürzt.

I. Die aus einer privaten Hypothekenkrise erwachsene internationale Bankenkrise ist nur der Anfang einer weit gefährlicheren Krisendynamik.

Bei dieser Krise dürfte es sich um die schwerste Krise der gesamten kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte handeln. Dies ist nicht nur wegen der horrenden finanziellen Verluste und wegen des Wirtschaftseinbruchs in vielen Ländern der Fall, sondern weil ein Ausweg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Überwindung des Energieregimes verlangt, das seit der industriellen Revolution vorherrschend ist. Die fossilen Energieträger gehen zur Neige, der Klimawandel ist bedrohlich, und spätestens Fukushima hat gezeigt, dass Atomenergie keine Alternative ist.

Die gegenwärtige Krise wurde 2007/08 im US-amerikanischen Immobiliensektor ausgelöst. Die Banken hatten eigentlich nicht kreditwürdigen Hypothekenschuldern – oft unter arglistiger Täuschung über die Konditionen – Hypotheken in solcher Höhe aufgeschwatzt, dass diese unter der Last des Schuldendienstes zusammenbrechen mussten, sobald die „Realwirtschaft“ in eine Rezession geriet, Arbeitsplätze verloren gingen und folglich Einkommen ausblieben. Viele Hausbesitzer fanden sich unter den Obdachlosen wieder. Die großzügig ausgeteilten Kredite wurden „notleidend“. Die komplexen Wertpapiere, zu denen sie mit Konsumentendarlehen, Überziehungskrediten von Kreditkarten, Studenten- und Autokrediten zusammengeschnürt worden waren, erwiesen sich als „toxisch“ in den Bilanzen eben jener Banken, die sie als innovative Finanzanlagen angepriesen hatten.

Ermöglicht worden waren diese Bündelung („Verbriefung“) und der Weiterverkauf von privaten Schulden durch die Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte. Diese ebenso lukrativen wie intransparenten Geschäfte schienen absolut sicher, weil Rating-Agenturen die Papiere selbst mitgestalteten und anschließend mit Bestnoten ausgestattet hatten. Es entstand eine Kreditblase von globaler Größenordnung, die platzen musste, weil die „reale Wirtschaft“ und damit die Lohn- und Gehaltseinkommen und die Gewinne nicht in dem Ausmaß zugenommen haben, wie es die steigenden Rendite- und Zinsforderungen verlangten.

Die nationale Krise der „Subprime“-Hypotheken in den USA weitete sich zu einer internationalen Bankenkrise aus, die auch in Europa viele Institute, die die entsprechenden Wertpapiere gekauft hatten, in den Pleitestudel zu reißen drohte. Durch die vorausgegangene Deregulierung der Finanzindustrie aber, die nicht nur hoch riskante „innovative“ Finanzprodukte, sondern damit einhergehend auch ein extremes Wachstum der Finanzmärkte ermöglicht hatte, waren die Finanzinstitute zu groß geworden, um noch Pleite gehen zu können, ohne das gesamte System mitzureißen.

II. Die Finanzkrise privater Bankrotteure wurde zur Schuldenkrise souveräner Staaten, die in eine globale Hegemoniekrise zu münden droht, in der es um Krieg und Frieden gehen könnte.

Als die TBTF-Finanzinstitute („too big to fail“) vor dem Kollaps standen, brachten die Regierungen in kürzester Frist hunderte, ja tausende von Milliarden Euro und Dollar auf – und zwar nicht aus den privaten Taschen, in die zuvor die fetten Gewinne, Prämien, Honorare geflossen sind, sondern aus öffentlichen Kassen. Dies hatte nichts mit einer Wiederkehr des keynesianischen Staatsinterventionismus zur Konjunkturanhebung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu tun. Die Finanzinstitute haben vielmehr den Staat in ihren Dienst genommen. Sie hatten keine Skrupel, das staatliche Steuermonopol zu nutzen, um die hunderte von Milliarden Euro und US-Dollar schweren Rettungspakete für den Finanzsektor finanzieren zu lassen, die von den Steuern zahlenden Bürgerinnen und Bürgern aufgebracht werden. Ohne die Hilfe des Staates hätte die Umverteilung von unten nach oben längst nicht so gut funktioniert.

Die herrschenden Eliten griffen auf die Staatsfinanzen zu, so als ob demokratische Regeln, Gesetze und sogar die Verfassung sie nichts angingen. Sie hatten keinerlei Bedenken, die Staatsverschuldung dafür über alle Grenzen zu jagen, die sie – in Europa mit den Maastricht-Kriterien – selbst festgelegt hatten. Sie hatten keinerlei Skrupel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zugunsten der Renditeerwartungen von Finanzanlegern zu opfern.

Die großen Vermögen, die so gerettet wurden, sind zu einem guten Teil in den vergangenen Jahrzehnten der Steuersenkungen zu Gunsten der Reichen und der Konzerne sowie durch die Finanzmarktderegulierung entstanden – durch eine finanzkapitalistische Umverteilung von den Lohn- und Transfereinkommensbeziehern zu der Klasse der großen Geldvermögenbesitzer also. Linke wie rechte Regierungen überall in Europa haben diesen Kurs in der Krise noch zugespitzt: durch kostspielige Rettungspakete auf der einen und einer brutalen Sparpolitik auf der anderen Seite.

Die extrem hohen von der öffentlichen Hand aufgebrachten Kosten der Bankenrettung, die noch durch die Kosten der Rettung von Industrieunternehmen, die Steuerausfälle infolge von Arbeitslosigkeit etc. gesteigert wurden, verwandelten die Finanzkrise der Privaten in die Fiskalkrise souveräner Nationalstaaten. In der Europäischen Währungsunion war es unvermeidlich, dass diese sich zur internationalen Währungskrise hochschaukelte. Die wachsenden Defizite der Staatshaushalte erhöhten das Risiko des Zahlungsausfalls von Staatsanleihen, die nicht zuletzt zur Finanzierung der Rettungspakete begeben wurden.

Die nächste Krisenstufe könnte eine globale Hegemoniekrise sein. Mit dieser ist zu rechnen, wenn es zur Auseinandersetzung um die Frage kommt, welche der heutigen Währungen zur Weltwährung der Zukunft, zur Handels- und Reservewährung, zur Währung der Finanztransaktionen und vor allem zur Währung wird, in der der Lebenssaft des industriellen Zeitalters, das Öl, fakturiert wird. Kommt nun der Euro, der chinesische Yuan (oder Renminbi) oder eine internationale Kunstwährung? Wiederholt sich die Geschichte der Krise nach 1929, als das bis dahin hegemoniale britische Pfund Sterling vom US-Dollar entthront wurde? Ohne heftige politische Konflikte wird diese Frage nicht beantwortet. Die Hegemonialkonflikte der 1930er Jahre, nationalsozialistische Terrorherrschaft und Faschismus und der Zweite Weltkrieg kommen in Erinnerung – und die Mahnung, alles zu tun, um Ähnliches unbedingt zu verhindern. Es geht heute also nicht nur um die Krise von Wirtschaft und Finanzen, es geht wie vor etwa 80 Jahren um den Frieden in der Welt.

III. Für Finanzanleger ist die Schuldenkrise eine gute Sache. Eurobonds und eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik würden ihnen das Geschäft verderben.

Trotz der „Schuldenbremse“ der Maastricht-Kriterien – das laufende Defizit darf 3% des BIP nicht überschreiten und die Staatschuld nicht größer sein als 60% des BIP – ist die Fiskalkrise der Eurostaaten explodiert. Für die großen Geldvermögen sind die Defizite eine gute Sache. Sie sind die Bedingung dafür, dass die Vermögen in Europa und anderswo in der Welt lukrativ angelegt werden können, vor allem da in der Krise Häuslebauer und Unternehmen als Kreditnehmer weitgehend ausgefallen sind. Die (Re)finanzierung der Schulden ist ein gutes Geschäft, so lange das Risiko politisch durch die Einrichtung des Europäischen Rettungsfonds begrenzt wird.

Die Risiko-Differenzen zwischen den verschiedenen Euroländern, ausgedrückt als „Spreads“, sind seit Beginn der Finanzkrise „explodiert“ – innerhalb eines Währungsraums, und das ist das Ungewöhnliche. Finanzanleger (Banken, reiche Geldvermögensbesitzer durch Anlagefonds etc.) können sich diese Unterschiede zunutze machen. Umgekehrt, wenn die Differenziale verschwinden, hört auch die Spekulation mit ihnen auf. Dies ist ein Grund, weshalb sich gerade die Verteidiger „freier“ Finanzmärkte und neoliberale Hardliner gegen gemeinsame Euroanleihen (Eurobonds) wenden: Die Spekulationsgewinne würden unter der Herrschaft des „Zinssozialismus“ (so der FDP-Politiker R. Brüderle aus dem politischen und H.W. Sinn aus dem akademischen Neoliberalismus) geringer als auf „freien Märkten“ ausfallen.

Dabei würden Eurobonds nur dazu beitragen, dass der Logik des Geldes, und das ist im Euroraum der Euro, Rechnung getragen wird. Der Euro ist heute Wertmaß aller monetären Beziehungen im Währungsraum. Er fungiert

als Zahlungsmittel im Raum, doch in der Zeit, d.h. als Kredit, funktioniert er nur unvollkommen. Für dessen Wertehaltigkeit ist nicht die Instanz, die den Euro emittiert, nämlich die Europäische Zentralbank (EZB) zuständig, sondern der jeweilige Nationalstaat. Eurobonds könnten diesen Mangel einer gemeinsamen Währung verringern.

Europäische Anleihen erfordern die Angleichung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik und der Entwicklung der Lohnstückkosten. In Deutschland müssen die Löhne steigen, um innerhalb des Euroraums zu einigermaßen ausgeglichenen Handelsbilanzen zu gelangen. Doch die vielfach geforderte europäische Wirtschaftsregierung wäre eine sichere Methode, mit der die verbliebenen demokratischen Beteiligungsrechte eingesammelt würden. Die wirtschaftspolitische Zentralisierung in Europa verlangt wirtschaftsdemokratische, genossenschaftliche und solidarische Gegengewichte.

IV. Die deutsche Schuldenbremse verschärft die Finanzkrise.

Die Maastricht-Kriterien fordern, wie schon erwähnt, eine Verschuldungsobergrenze der öffentlichen Haushalte. Das ist bereits eine Schuldenbremse. Die Besonderheit der „deutschen Schuldenbremse“ besteht darin, dass implizit zwischen einem „normalen“ Budget mit allen üblichen Etatposten („Primärbudget“) und einem Sonderbudget für die Zahlung des Schuldendienstes („Sekundärbudget“) unterschieden wird. Der Schuldendienst hat für einen Nationalstaat im Umfeld liberalisierter internationaler Finanzmärkte die höchste Priorität, um nicht von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten zu werden. Das Sekundärbudget ist daher sakrosankt, während die Ausgaben des Primärbudgets, darunter die Transferleistungen des Sozialhaushalts, die Personalausgaben für den öffentlichen Dienst oder die öffentlichen Investitionen, gegebenenfalls zusammengestrichen werden.

Im Eurogebiet ist die Primärbilanz aller Staatseinnahmen und -ausgaben strukturell positiv. Erst wenn man den Schuldendienst im Sekundärbudget mitrechnet, kommen die hohen Defizite der öffentlichen Haushalte zustande, die nun die Schuldenbremser des Primärbudgets auf den Plan rufen. Wenn finanzielle Mittel von den Posten des Primärhaushalts ins Sekundärbudget transferiert werden, sind das immer auch Transfers von der „realen Ökonomie“ in den Finanzsektor. Sie tragen mithin zur weiteren Finanzialisierung des finanzgetriebenen Kapitalismus bei.

V. Mit Austerity-Maßnahmen wird die Bewältigung der Finanzkrise allein den Schuldnern aufgebürdet. Die Finanzkrise wird so zur Krise der Politik und Demokratie.

Das abgekartete Spiel hat einen Namen, es heißt „Austerity“. Erfunden wurde es bereits während der Schuldenkrise des Südens in den 1980er Jahren, und man hat den IWF wohl auch deshalb 2009 nach Europa geholt, um seine diesbezügliche Expertise zu nutzen. Die Regeln lauten: Entlassungen im Öffentlichen Dienst, Kürzung der Löhne und Gehälter, Verringerung der Renten und Anhebung des Rentenalters, die radikale Einschränkung öffentlicher Investitionen, eine Anhebung der Verbrauchssteuern sowie die weitere „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ nach unten, die die Gewerkschaften schwächen und den bescheidenen sozialen Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte rückgängig machen soll. Hinzu kommen umfangreiche Privatisierungen von öffentlichen Gütern.

In vielen europäischen Ländern machen sich in der Folge Resignation, Verunsicherung, Verzweiflung breit. Die politische Klasse folgt devot den Signalen der Finanzmärkte und reagiert mit Ignoranz, Repression und Gewalt auf die Empörten, die Indignados. Der Raubzug derjenigen, die über Geldvermögen verfügen, gegen diejenigen, die von ihrer Arbeit leben, wird mit Hilfe der Austerity auch in der Krise fortgesetzt. Sie ist ein sicheres Mittel, um die soziale Spaltung zu vertiefen, die Politik zu destabilisieren, die Demokratie zu demolieren und den Boden für alle möglichen Populismen und Phobien zu bereiten.

Europa befindet sich nach Jahren der Austerity nicht nur in einer Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern in einer tiefen Krise der Politik, der kulturellen Werte sozialer Gerechtigkeit und der Demokratie. Der Kapitalismus insgesamt befindet sich in einer ideologischen Krise. Die riesigen Staatshilfen zugunsten privater Kapitalinteressen blamieren die Ideologie einer auf Eigenverantwortung gründenden Marktwirtschaft. In diesem Sinne entpuppt sich der Staat als keineswegs ohnmächtig und hilflos den Sachzwängen des Marktes ausgeliefert, sondern als ein von den Finanzinstitutionen um Hilfe angerufener mächtiger Akteur.

VI. Es ist nicht möglich, aus den Schulden herauszuwachsen. „Grünes Wachstum“ ist im Kapitalismus eine Illusion.

Es scheint eine elegante Lösung für die Fiskalkrise jenseits der Austerity zu geben: nachhaltiges, „grünes“ Wachstum. Dann können die Schulden aus einem wachsenden BIP nach und nach abgetragen werden. Zwar hat das Rezept „aus den Schulden herauswachsen“ schon in der Schuldenkrise des Südens in den 1980er-Jahren nicht funktioniert. Den-

noch hoffen manche, es könne heute ein Erfolgsrezept werden – als „Green New Deal“, bei dem die wachstumswirksamen Investitionen vor allem in ökologische Bereiche gehen.

Doch in einer kapitalistischen Wirtschaft müssen sich auch grüne Investitionen rentieren. Ohne Profit kein Investitionsanreiz. Auch grüne Unternehmen werden also die Lohnstückkosten zu senken versuchen, die Arbeitszeiten ausdehnen und die Löhne und Gehälter drücken. Sie streben wie alle anderen Unternehmen auch nach überlegener Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb. Sie verdrängen die weniger erfolgreichen Unternehmen und leisten ihren Beitrag zur Überproduktion. Die Krise wird also zu überwinden versucht, indem die nächste Krise vorbereitet wird.

Und nicht nur das. Die Krise wird auch in andere als die ökonomischen Lebensbereiche ausgedehnt. Auch nachhaltiges Wachstum kommt nicht ohne Naturverbrauch aus. Das wegen „Peak Oil“ begrenzte Angebot an Treibstoffen mag wachsen, wenn erneuerbare Treibstoffe aus Biomasse genutzt werden. Doch nun wird unweigerlich die Landnutzungskonkurrenz schärfer. Statt mit Peak Oil haben wir es nun mit „Peak Soil“ zu tun. Diese Art der Überwindung der ökonomischen und finanziellen Krise hat unweigerlich eine Nahrungskrise, in vielen armen Weltregionen sogar eine Hungerkrise zur Folge. Auch wenn die Grenzen der fossilen Energieträger durch den Übergang zur Elektromobilität „wachsen“, braucht man doch seltene Metalle und Erden für die Motoren, Batterien und Transformatoren und stößt daher sehr schnell auf physische Grenzen. Die Idee der wachsenden Grenzen als Lösung für die Grenzen des Wachstums ist also eine ziemlich bornierte Vorstellung, auch wenn sie sich grün gibt.

Doch könnte das Wachstum nicht immateriell oder virtuell sein? Wachstum ohne Gebrauchswerte ist pures Wachstum der Preise, also Inflation. Diese könnte zur partiellen Vernichtung von Geldvermögen und auch zur partiellen Entwertung von Schulden beitragen. Doch sollte diese durch einen Schuldenschnitt erfolgen, nicht durch Inflationierung, die auch alle diejenigen enteignen würde, die auf die Wertbeständigkeit von Geldforderungen angewiesen sind – also auch Rentnerinnen und Rentner, Transfereinkommensbezieher, kleine Sparer etc.

VII. Der Übergang in eine „de-growth“- und „non-profit“-Ökonomie ist möglich. Die Systemfrage muss gestellt werden.

Könnte aus ökologischen und sozialen Gründen dann nicht dafür gesorgt werden, dass statt der materiellen Produktion die öffentlichen Dienste ausgeweitet werden? Gibt es nicht im Gesundheits- und Bildungswesen, bei der Betreuung von Kindern und älteren Menschen, in der Solidaritäts- und Bürgerarbeit, bei der Mediation von Konflikten oder bei der Gestaltung der Geschicke des Gemeinwesens viele und zumeist sehr arbeitsintensive Investitionsgelegenheiten?

So ist es, nur müssten diese hohe Kompetenz verlangenden Bereiche als öffentliche „non-profit“-Aktivitäten organisiert und als solche ausgedehnt werden. Sie sind kapitalistisch und profitabel nicht zu betreiben, es sei denn mit Subventionen, die aber aus dem Wachstum mit Hilfe der Steuereinnahmen abgezweigt werden müssten. „De-growth“, von Wachstumskritikern befürwortet, allein reicht nicht. Es müsste als Ausweitung des „non-profit-Sektors“ organisiert werden. Die Alternative zu Austerität und Wachstum verlangt also den Übergang in „post-kapitalistisches“ Gelände. Die „Systemfrage“ lässt sich nicht vermeiden, sie liegt auf der Zunge.

VIII. Ein Schuldenschnitt ist unvermeidlich, sollte aber im Rahmen eines fairen und transparenten Insolvenzverfahrens erfolgen.

Wenn es nicht möglich ist, aus den Schulden herauszuwachsen, und die Prügel der Austerität europaweit zu Recht Empörung auslösen, kommt zur Überwindung der Krise nur eine radikale Entschuldung der überforderten Schuldner(länder) in Frage. Es ist paradox: Die Krise wird zwar als Finanzkrise bezeichnet. Wenn aber nach Lösungen gesucht wird, geraten zu allererst die Schuldner ins Visier. Die Maßnahmen der Bewältigung einer Finanzkrise laufen immer darauf hinaus, den Schuldnern die gesamte Anpassungslast aufzudrücken. Zu diesem Zweck ist die Austerität erfunden worden. Dass eine Finanzbeziehung immer auch Gläubiger kennt, die ebenfalls ihren Beitrag zur Bewältigung einer Finanzkrise leisten müssen, kommt kaum zu Bewusstsein.

In der „Realwirtschaft“ tragen die Investoren das Risiko der Investitionen, und sie haften für Verluste. Finanzinvestoren jedoch dürfen eine Sonderrolle spielen. Unter „Geld“ verstehen sie nur ihre Guthaben, nicht die logische Gegenbuchung der Schulden der anderen. Man muss Geld schon als ein soziales Verhältnis begreifen, um den Fetischismus überwinden zu können, nur Forderungen seien Geld, nicht aber die Verpflichtungen, ohne die die Forderungen wertlos wären.

Sogar Banker und andere Geldvermögensbesitzer sind jedoch inzwischen zu einem „haircut“ bereit; sie ahnen zumindest, dass ihre Forderungen nichts wert sind, wenn Schuldner nicht zahlungsfähig sind. In der Krise zeigt sich

ein entscheidender Regulierungsmangel: Es gibt keine formelle Insolvenzregelung, also kein geregeltes Verfahren der Beteiligung von Gläubigern an den Verlusten einer gescheiterten Kreditbeziehung. Die Schuldner müssen zahlen, und wenn sie nicht mehr können, ist die Pleite unvermeidlich. Nur: Staaten mit ihrem Institutionensystem, dem Territorium und dem Staatsvolk, den legalen Verpflichtungen und der Staatsmacht verschwinden weder von der Landkarte noch können sie aus irgendeinem Register gelöscht werden.

Die Expansion der Finanzmärkte bei guten Geschäften regelt sich quasi von allein aus dem (privaten) Interesse an hohen Gewinnen. Die Kontraktion von Finanzbeziehungen mit souveräner Beteiligung hingegen erfolgt bislang weitgehend regellos, und das heißt dann zumeist, dass die Verluste sozialisiert werden, um die privaten Gewinne zu retten. Dann kommen dafür in Schuldner- wie in Gläubigerländern jene Steuerzahler auf, die wenig Spielraum zur Steuergestaltung haben. Es müssen daher Regeln festgelegt werden, nach denen Schulden und Guthaben symmetrisch und unter Beachtung von Kriterien der Gerechtigkeit verringert werden. Nicht nur die Schulden, auch die Finanzvermögen müssen schrumpfen. Der hypertrophe Finanzsektor muss verkleinert werden.

IX. Die Besteuerung von Vermögen und von hohem Einkommen ist nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit sondern zur Überwindung der Finanzkrise unabdingbar.

Damit nicht wieder wie in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten gewaltige Geldvermögen gebildet werden können, weil die Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen überall in der Welt abgesenkt oder ganz abgeschafft worden sind, müssen diese Steuern nicht nur aus Gründen der Steuergerechtigkeit, sondern als Spekulationsbremse wieder angehoben werden. Eine weitere Asymmetrie gilt es also zu beseitigen: Es gibt zwar europäische Regeln zur Deckelung des fiskalischen Defizits auf der Ausgabenseite, aber keine gemeinsamen, europäischen Standards für die Staatseinnahmen, insbesondere die Steuern.

Da herrscht Steuerwettbewerb, und der hat die fatale Wirkung einer Absenkung von Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen und einer Lockerung von Regeln der Steuererhebung, so dass die Steuerbelastung von Vermögen und hohem Einkommen rückläufig ist. Körperschaftssteuern sind überall in der EU in den vergangenen zwei Jahrzehnten abgesenkt worden: besonders stark in Deutschland von 1990 bis 2009 von 50,0% auf 15%, in Griechenland von 46% auf 25%, in Frankreich von 37% auf 33,3%, in Irland auf nur 12,5% usw.

Diese Vermögen werden angesichts des beklagten „Anlagenotstands“ spekulativ verwendet. Sie destabilisieren die Finanzmärkte. Um dies zu verhindern, sind eine Vermögensabgabe bzw. eine Vermögensteuer und eine Steuer auf Finanztransaktionen geeignete Instrumente. Für letztere könnte sich auf europäischer Ebene inzwischen eine Mehrheit finden, sofern die sozialen Bewegungen für eine gerechte Besteuerung weiter aktiv bleiben und politischen Druck ausüben.

X. Eine „ökonomische Alphabetisierung“ und die Intensivierung der solidarischen Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen gegen den ökonomischen Mainstream sind heute notwendiger denn je.

Die Wirtschaftswissenschaftler verhalten sich wie Hohepriester einer Religion, und sie tragen das ihre dazu bei, dass dem kapitalistischen Herrschafts- und Reproduktionszusammenhang die Weihe des Heiligen und Unabänderlichen zuteil wird. Das ist für politische Entscheider nützlich, und es bringt den Urhebern Reputation, die viel Geld wert ist. Die Wirtschaftswissenschaft ist Teil des Räderwerks, das die Finanzmärkte auf Hochtouren gebracht hat und auch in der Krise noch knirschend am Laufen hält. Die Theorie der „rationalen Erwartungen“, der Glaube an die segensreiche Wirkung von freien Märkten im Allgemeinen und an die Effizienz der Finanzmärkte im Besonderen, die Zurückweisung sozialstaatlicher Korrekturen des Marktgeschehens, der Glaube daran, dass Freihandel allen Handelspartnern zum Vorteil gereiche, gehören zu den Fundamentalismen, die die politische Klasse verinnerlicht hat und die in akademischer Forschung ausgefeilt und in der Lehre unter die Leute gebracht werden.

Fortschritte bei der Überwindung der Krise sind nur gegen die ökonomische Religion, gegen die neoliberalen Fundamentalisten zu erwarten. Konzepte gegen die Krise dürfen also die Wissenschaft und die Ideologien nicht ausparen. Die Lösung der Krise wird nur gelingen, wenn der ökonomische Mainstream „kaputtgedacht“ (Immanuel Wallerstein) wird.

Das bedeutet auch, dass die vorherrschende Krisen-Geschichte negiert werden muss, die der mediale und der politische Mainstream erzählen. Dort wird von selbstverschuldeten, scheinbar unabhängig voneinander verlaufenden Krisen in Griechenland, Irland, Spanien und andernorts gesprochen, die mit Faulheit, Korruption und ausufernder Sozialstaatlichkeit zu tun haben. Diese Geschichte wird mit dem Zweck erzählt, Konflikte zwischen den Menschen

verschiedener Länder anzuheizen, um den wahren Verteilungskonflikt hinter der Krise zu verschleiern: den zwischen der gesamten europäischen Gesellschaft auf der einen und Banken, Super-Reichen und Konzernen auf der anderen Seite. Solange diese Konfliktlinie verschleiert bleibt, können die Herrschenden die Krise nutzen, um eine rasante Umverteilung des Wohlstands von unten nach oben als alternativlose Krisenpolitik zu verkaufen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Intensivierung der solidarischen, gemeinsamen Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure. Die politische Bühne, auf der dieser Konflikt ausgetragen wird, ist die europäische, denn die Parlamente und Regierungen der am härtesten betroffenen Länder sind längst entmachteter. Die Strippenzieher der sogenannten Krisenpolitik dieser Zeit sitzen vor allem in den Zentralen der großen Bankhäuser, in der Europäischen Kommission, in der Europäischen Zentralbank, im IWF sowie in den Finanzministerien der kreditgebenden Länder, insbesondere Deutschlands und Frankreichs. Auf diese Akteure gilt es, europaweit Druck von unten auszuüben. Er ist die Antwort der europäischen Demokraten auf die im Verlauf der Wirtschaftskrise immer mächtiger werdenden Oligarchen und Plutokraten.

Was daraus folgt

Aus dem bisher Gesagten wurden bereits einige Schlussfolgerungen deutlich, die abschließend noch einmal kurz aufgeführt werden sollen:

- Deregulierung und eine immer extremer werdende Vermögenskonzentration waren die Voraussetzung für das dramatische Wachstum der Finanzmärkte, die die europäischen Gesellschaften destabilisieren. An deren Stelle müssen Re-Regulierung und eine Umverteilung etwa durch die Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen treten.
- Ein Schuldenabbau ist die Voraussetzung für die Überwindung der Krise, er muss jedoch im Rahmen eines fairen und transparenten Insolvenzverfahrens erfolgen.
- Gemeinsame europäische Anleihen und die dafür zwingend nötige gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik sind unabdingbar. Dies muss jedoch mit einer Demokratisierung auf europäischer Ebene einhergehen.
- Aus den Schulden kann man auch durch ein „grünes Wachstum“ nicht herauswachsen. Die Grenzen des Wachstums anzuerkennen heißt, die „Systemfrage“ zu stellen. eine „de-growth“-Wirtschaft ist eine „non-profit“-Wirtschaft .
- Nach Jahren der Austerität befindet sich Europa nun nicht nur in einer Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern in einer tiefen Krise der Politik, der kulturellen Werte sozialer Gerechtigkeit und der Demokratie. Der demokratische Widerstand gegen die Austerität-Politik und gegen die auch in der Krise anhaltende Umverteilung von unten nach oben ist notwendig. Die Aufforderung „Empört Euch!“ ist berechtigt. Die schamlose Bereicherung auf Kosten der Armen muss beendet werden.
- Fortschritte bei der Überwindung der Krise sind nur gegen die vorherrschende neoliberale „Religion“ möglich. Gegen den ökonomischen Mainstream ist die solidarische Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen in Europa wichtiger denn je.

Der Wissenschaftliche Beirat von Attac

Im 2001 gegründete Wissenschaftliche Beirat von Attac (www.attac.de/beirat) sind weit über 100 ProfessorInnen u.a. WissenschaftlerInnen zusammengeschlossen. Der Beirat versteht sich nicht als Organ von Attac, sondern als unabhängiges Gremium, das seine eigenen Einschätzungen vertritt.